



**Tagesordnung II Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 30. März 2017**

Antrags-Nr. 17-F-21-0006

**Raddirektverbindung Mainz - Wiesbaden**

**- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU vom 13.03.2017 -**

Das Radverkehrskonzept aus dem Jahr 2015 schlägt vor, einer schnellen Raddirektverbindung zwischen den beiden Landeshauptstädten aufgrund der großen funktionalen Verflechtungen sowie der geringen Distanz eine hohe Priorität einzuräumen.

Die bereits erfolgten Planungsüberlegungen haben wertvolle Erkenntnisse über Möglichkeiten und Grenzen der Trassierungen im Salzachtal erbracht. Sie haben gleichzeitig eine Reihe von Problempunkten aufgezeigt.

Die City-Bahn Trassierung sowie die Neuplanung der Salzbachbrücke (A 66) haben Auswirkungen auf die „Expressroute“ im Bereich der Autobahnbrücke. Außerdem weist die „Expressroute“ Probleme an den Engstellen und am Amöneburger Kreisel auf.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten,

1.1 eine vertiefte Machbarkeitsstudie mit Schwerpunkt auf der verkehrlichen Führung inkl. klarer Routenempfehlung für eine komfortable, weitgehend separat geführte, länderübergreifende Raddirektverbindung zwischen Wiesbaden und Mainz zu beauftragen.

Dabei ist zu berücksichtigen:

- Die Überprüfung und ggfs. Aktualisierung der bereits im Grundsatz beschlossenen „Expressroute“ gem. Beschluss Nr. 0062 der StVV vom 03.03.2016
- Die Weiterführung bis zum Rheinübergang
- Sicherstellen der Förderfähigkeit im Rahmen von Landes- und Bundesprogrammen durch Herstellen der entsprechenden Planungstiefe.

1.2. die notwendigen Abstimmungsprozesse zur Realisierung des Abschnitts vom Hauptbahnhof bis zum Theodor-Heuß-Ring (z.B. Grundstücksverfügbarkeiten) konsequent weiterzuführen, um weitere Verzögerungen der Realisierung der derzeit priorisierten Radwegeverbindung zu vermeiden.

2. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von bis zu 40.000 Euro bereitstellt und für die vertiefte Machbarkeitsstudie verwendet. Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

**Beschluss Nr. 0084**

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 13.03.2017 betr.

Raddirektverbindung Mainz - Wiesbaden

wird wie folgt angenommen:

Für das Projekt werden für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von bis zu 40.000 Euro bereitgestellt und für die vertiefte Machbarkeitsstudie verwendet. Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

(antragsgemäß Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr 21.03.2017 BP 0050)

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2017  
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .03.2017  
im Auftrag

1. Dezernat IV i. V. m. Dezernat VI  
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:  
Dezernat VI  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Bock